

C14NEU Jurist:innenausbildung menschlich gestalten

Antragsteller*in: Jusos Jena

Antragstext

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Jurist:innen befinden sich in Deutschland auch abseits von BVerfG und BGH in
3 Machtpositionen. Regelmäßig stellen etwa Jurist:innen die größte Berufsgruppe im
4 Bundestag und in Landtagen. Gleichzeitig ist das Jurastudium unnötig schwer und
5 langwierig. Zugleich wirkt die Struktur des Studiums abschreckend auf
6 Erstakademiker:innen und Studierende aus sozial schwachen Familien. Das führt im
7 Ergebnis dazu, dass solche Gruppen unter Jurist:innen unterrepräsentiert sind.
8 Zugleich besteht in Thüringen ein erheblicher Mangel an Absolvent:innen in allen
9 juristischen Berufen der zu überlangen Verfahren vor Gericht und in der
10 Verwaltung führt.

11 Die Jusos Thüringen setzen sich daher dafür ein, dass das Studium der
12 Rechtswissenschaft niedrighschwelliger zugänglich und unabhängig von der
13 finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses, die Ausbildung junger
14 Jurist:innen fairer und menschenfreundlicher wird, feministische Themen zu
15 Studieninhalten werden und dass der Ausbildungsstandort Thüringen gestärkt wird,
16 damit auch in Zukunft die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten werden kann. Zu
17 diesem Zweck fordern die Jusos Thüringen die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

- 18 1. Langfristig wird die Ausbildung zum:zur Volljurist:in in Thüringen und
19 Deutschland zu einem Bachelor/Master-Studiengang umstrukturiert. Die
20 Staatsexamina werden abgeschafft.
- 21 2. Kurzfristig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die
22 Staatsexamensklausuren elektronisch abzulegen, um zu verhindern, dass Jahr
23 für Jahr zahlreiche Studierende und Referendar:innen körperliche
24 Schädigungen, durch die extreme Schreibbelastung erleiden, sowie unfaire
25 Bewertungen von Examensleistungen auf Grund des Schriftbilds passieren.
- 26 3. Der Umfang der Studieninhalte im Ganzen wird reduziert. Der Fokus soll
27 nicht auf dem Auswendiglernen von Kleinstproblemen liegen, sondern auf dem
28 Erlernen der Systematik und der Methodik des Rechts.

- 29 4. Die Studieninhalte sollen um feministische Themen ergänzt werden. Das
30 Sexualstrafrecht soll entweder im Rahmen der Vorlesung „Strafrecht –
31 Besonderer Teil“ oder im Rahmen einer eigenständigen Vorlesung in der
32 Ausbildung behandelt werden. Die Universitäten sollen verpflichtet werden,
33 eine solche Vorlesung anzubieten, die Teilnahme soll für die Studierenden
34 aber freiwillig sein.
- 35 5. Lehrpersonen sollen verpflichtet werden, regelmäßig an einer
36 Pädagogikschulung teilzunehmen. Dadurch soll der Mehrwert der Vorlesungen
37 gegenüber dem Selbststudium erhöht werden.
- 38 6. Das von der Universität angebotene Repetitorium soll gegenüber den
39 privaten, kommerziellen Anbietern soweit ausgebaut werden, dass das
40 Bedürfnis nach teuren privaten Repetitorien entfällt. Die Ausstattung der
41 Bibliothek soll weiter verbessert, insbesondere das Angebot an Online-
42 Datenbankzugriffen deutlich ausgeweitet werden, indem der Etat der
43 Bibliothek erhöht wird.
- 44 7. Rechtsreferendar:innen werden in Thüringen schlecht bezahlt. Ein großer
45 Teil des Gehalts muss für Bahntickets aufgewendet werden, da die
46 Ausbildungsstätten in ganz Thüringen verteilt sind. Wir fordern, dass
47 Referendar:innen zusätzlich zum Gehalt ein Jobticket^[1] bezahlt wird, um
48 einerseits den Standort Thüringen mit Blick auf den massiven
49 Richter:innenmangel zu stärken und andererseits die Hürden für finanziell
50 schlecht abgesicherte Absolvent*innen abzubauen. Außerdem sollen
51 Rechtsreferendar*innen in Thüringen verbeamtet werden.
- 52 8. Die einzige Universität in Thüringen an der Jura studiert werden kann
53 befindet sich in Jena. Die Ausbildung der Referendare erfolgt allerdings
54 über das ganze Land verteilt. Dadurch sind Referendare gezwungen aufwendig
55 umzuziehen. Das führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für Studierende
56 sondern bewirkt auch, dass mehr Referendar:innen die Möglichkeit des
57 Umzuges nutzen um Thüringen den Rücken zu kehren. Die Lehrveranstaltungen
58 während des Referendariats sollen daher in Jena stattfinden. Die
59 Stammdienststellen sollen dabei an den Landgerichten verbleiben.

60 ^[1] Vorbild Hessen

Begründung

Erfolgt mündlich.